

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeiger die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlich: Die Anzeigerredaktion. Druck: Die Anzeigerdruckerei. Druckort: Auer. Druckjahr: 1929.

Telegramme: Lagerblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 288

Donnerstag, den 12. Dezember 1929

24. Jahrgang

### Die große Finanzreform

Um was geht es? — Die vermeintlichen Pläne der Reichsregierung — Entscheidende Besprechungen — Vor der großen Auseinandersetzung im Reichstag

Um was es bei der bevorstehenden großen Finanzreform geht, sagt uns niemand besser, als der bekannte demokratische Wirtschaftspolitiker Gustav Stolper im neuesten Heft seines „Deutschen Volkswirts“. Aber handelt es sich denn bei dem, schreibt er, was wir unter der Finanzreform verstehen, wirklich darum, ob nun aus Alkohol und Tabak 200 oder 300 Millionen mehr oder weniger herausgeholt werden sollen? Die Finanztechniker aller Parteien mühen darüber streiten und bei dem oft verzerrten Augenmaß für die Größenordnung von Kampfobjekten einander dabei die Köpfe einschlagen. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft sind von diesem Streite unberührbar. Die Hoffnungen, die wir zu erwecken versuchen, sind auf etwas anderes gerichtet: Ihr Ziel ist nichts Beringeres als die Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte, an denen Deutschland zugrunde geht, durch das einzige Mittel, durch das sie behoben werden können. Nicht ohne Grund haben wir die Auseinandersetzung über den Funktionswandel der Finanzpolitik an die Spitze der Betrachtungen gestellt, die unseren Finanzplan motivieren sollten. Allerdings sind wir der Meinung, daß eine Zeit, die ihren Stolz darin setzt, durch die Technik der Materie, durch den Geist der Natur der Menschheit dienstbar zu machen, nicht die Politik allein als geistigen Naturwissenschaft für Stümper und Dilettanten erhalten darf. Ebenso sind wir der Meinung, daß ein Land, das Größtes in Kunst und Technik und Wissenschaft herbeigebraht hat und täglich neu hervorbringt, nicht an der Ideenlosigkeit und Kraftlosigkeit seiner Politiker zu scheitern werden darf. Wir betrachten gleichfalls die Auffassung, daß ein Land mit einem Volkseinkommen von 65 bis 70 Milliarden RM oder darüber die zwei oder drei Milliarden zusätzlicher Kapitalbildung erzwingen kann, die es braucht, um seiner Wirtschaft wieder ein halbwegs tragfähiges Fundament zu geben. Allerdings sind wir schließlich der Meinung, daß daran die Arbeiter und just die Ärmsten unter ihnen ein stärkeres Interesse daran haben, als daß man sie in Tabak und Alkohol verkommen läßt, ein stärkeres Interesse, als daß man Länder und Gemeinden außerstande setzt, ihnen menschenwürdige Beschäftigungen zu schaffen, die Millionen heute noch entbehren müssen.

So Gustav Stolper. Das neue Finanzprogramm der Reichsregierung liegt noch nicht in allen Einzelheiten vor. Seit dem Erscheinen des Sachverständigenkomitees arbeitet jedoch das Reichskabinett mit Hochdruck an seiner Vollendung. Die erste Besprechung des großen Finanz- und Steuerprogramms wurde von der Regierung am Montag abgeschlossen. Um die Mittagszeit erschienen bereits die Haushaltsreferenten der einzelnen Regierungsparteien im Reichsfinanzministerium, um die letzten Pläne und Formulierungen des Reichskabinetts entgegenzunehmen. Am Dienstag beginnen die Besprechungen der Parteiführer. Da kein Mensch annimmt, daß diese schon am Dienstag abgeschlossen werden können, zumal auch die Fraktionen befragt werden sollen, wurde die angekündigte Kanzerrede bereits vom Mittwoch auf Donnerstag verschoben. Es muß jedoch als fraglich bezeichnet werden, ob Reichskanzler Müller schon am Donnerstag das große Finanzprogramm im Reichstag öffentlich verkünden und im Anschluß daran die Vertrauensfrage stellen wird.

Wie wir hören, handelt es sich beim Steuerprogramm um eine Steuererhöhung von insgesamt 800 Millionen RM, die im kommenden Haushaltsjahr an verschiedenen Steuern gestrichen werden sollen. Die neue Steuerreform will die Landwirtschaft von den Rentenbankzinsen befreien. Die Industriebelastung soll gleich im ersten Jahre des Young-Planes um 130 Millionen gesenkt werden. Auch die Einkommensteuer wird in Stufen beträchtlich gesenkt. Die Senkung beläuft sich für das Haushaltsjahr 1930/31 auf etwa 200 Millionen RM, sie wird aber schon in den nächsten Jahren auf rund eine Milliarde RM steigen. Auch die Realsteuern werden zur Entlastung des Mittelstandes erheblich abgebaut, für das nächste Jahr bereits um 380 Millionen RM. Die Zuckersteuer in der Höhe von 160 Millionen soll gänzlich wegfallen. Wie sich aus diesen Zahlen ergibt, überschreiten die geplanten Steuererhöhungen wesentlich die Ersparnisse des Young-Planes. Bei der ungünstigen Kassenlage des Reiches bleibt somit nichts übrig, als für neue Einnahmen zu sorgen. Als neue Einnahmequellen kommen Erhöhungen der Biersteuer und der Tabaksteuer in Frage. Das Finanzprogramm, von dem das Steuer-

programm nur einen Teil darstellt, steht außerdem Gegenstände vor, die sich mit dem Finanzgebaren der Länder und der Gemeinden befassen. Für unsere Kommunalpolitiker ist dabei von besonderem Interesse, daß zum Ausgleich der bevorstehenden Ausfälle in der Finanzpolitik der Gemeinden ein beweglicher Faktor erscheinen soll, die sogenannte Kopfsteuer, die es den Gemeinden ermöglicht, sich freier zu bewegen, nicht auf Kosten des Reiches und der Länder, sondern auf eigene Verantwortung hin.

Wie die Verhältnisse im Reichstag und in den Koalitionsparteien liegen, ist, wie bereits angedeutet, kaum zu erwarten, daß die Koalitionsparteien sich über das Finanz- und Steuerprogramm, das der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding am Montag den Haushaltsreferenten und Parteiführern unterbreitete, über Nacht einigen werden. Die Deutsche Volkspartei erstrebt größere Abstriche am Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, sie wünscht eine noch weitergehende Senkung der Realsteuern und vornehmlich

eine endgültige Vereinfachung des Streites um die Arbeitslosenversicherung. Die Demokraten haben ihre besonderen Wünsche schon am Sonnabend in einem Fraktionsbeschluss niedergelegt und der Öffentlichkeit unterbreitet. Das Zentrum hat sich zwar finanziell noch nicht gebunden, doch weiß im Reichstag jedermann, daß auch die Zentrumspartei ihre Sonderwünsche hegt. Die Bayerische Volkspartei erklärt jetzt wie früher, daß für sie eine Erhöhung der Biersteuer nicht in Frage kommt. Die Sozialdemokraten ihrerseits hegen stärkste Bedenken einer Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer beizupflichten. Ohne schwere Kämpfe innerhalb der bestehenden Regierungskoalition des Reiches und vornehmlich in einzelnen Fraktionen, wird schließlich eine Einigung erzielt werden. Den Ausschlag gibt wenigstens im gewissen Sinne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die darüber zu entscheiden hat, ob sie die finanzpolitischen Wege einschlagen gedenkt, die ihr sozialdemokratischer Finanzminister Dr. Hilferding vorschlägt.

### Schwieriger Weg der Reichsfinanzreform

Die Bedenken der Fraktionen

Das Reichskabinett hat in der Nacht zum Montag auf Dienstag noch einmal seine Pläne der Finanz- und Steuerreform durchberaten und sich geeinigt. Daraufhin sind am Dienstag vormittag die Fraktionsführer von Reichskanzler Müller empfangen worden, um die Projekte der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. Unmittelbar darauf tagten einige Fraktionen. Die Mehrheit der Fraktionen befaßte sich aber erst am Dienstagabend eingehend mit dem Finanzprogramm der Reichsregierung. Von der Entwicklung dieser Fraktionsberatungen hängt die weitere Entwicklung wesentlich ab. Die Reichsregierung selbst hält ihre Beratungen für abgeschlossen, sie ist jedoch bereit mit den Parteiführern erneut zu verhandeln, falls diese es im Verlauf des Mittwochs wünschen sollten. Im übrigen hält Reichskanzler Müller daran fest, daß am Donnerstag die Regierungserklärung abgegeben werden soll.

Wie zu erwarten war, machten die Bayerische Volkspartei durch ihren Vertreter im Kabinett, Reichspostminister Schädel, schon große Schwierigkeiten gegen die Erhöhung der Biersteuer. Schädel stimmte schließlich dem Finanzprogramm zu, doch ist niemand sicher, ob die Fraktion der Bayerischen Volkspartei seine Auffassung teilt. Wie wir hören, beabsichtigt der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, von dem Einkommen der Biersteuer 70 Prozent den Ländern zu überweisen, um dadurch den lebhaften Widerstand der Bayerischen Volkspartei zu brechen. Ohne schwere Kämpfe in der Fraktion der Bayerischen Volkspartei wird das Bieropfer kaum gebracht werden.

Ähnliche Kämpfe werden auch in anderen Fraktionen durchgeführt werden müssen. Hart auf hart geht es besonders bei den Sozialdemokraten zu. Das zeigt schon rein äußerlich die Zusammenkunft der sozialdemokratischen Vertretung, die am Dienstag vormittag beim Reichskanzler erschien. Es waren die Herren: Abbe, Weis, Dittmann, Breitscheid und Herr-

Der „Vorwärts“ sagt in seiner Abendausgabe vom Dienstag schon die Schwierigkeiten voraus, die leicht vorauszu sehen sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möchte eine Krise vermeiden. Sie wird der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zustimmen, zumal sie eine Forderung der Sozialdemokratie darstellt. Auch eine Erhöhung der Steuern auf Alkohol und Tabak läßt sich schwer ablehnen, heißt „Der Abend“, zumal diese Steuern in anderen großen Ländern viel höher sind, als bei uns. Fraglich bleibt jedoch, ob sich die Fraktion zu einer Vorwegnahme eines Teiles der Finanzreform und zu einer Festlegung auf ihre übrigen Teile entschließen wird. Hier scheinen uns, so weit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Betracht kommt, die allergrößten Schwierigkeiten zu liegen. Einen besonderen Streitgegenstand bildet die sogenannte „Kopfsteuer“, die Verwaltungsgebühr, die in den Gemeinden die Gewerbesteuer ganz oder teilweise ersetzen soll. „Die Sozialdemokratie kann dieser unsozialen Steuer ihre Zustimmung nicht geben. Alles in allem wird man trotz des ziemlich allgemeinen Bestrebens, die Regierung unbeschädigt durch die zweite Haager Konferenz zu bringen, die augenblickliche innenpolitische Lage nicht als gefahrlos bezeichnen können.“

Die Reichsregierung will, wie verlautet, breiter sein: 1. ein Vertrauensvotum, zweitens die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Konsumsteuern auf Bier und Tabak bis zum 1. Januar, also noch in diesem Jahre, und drittens ein Versprechen der Regierungsparteien, daß sie die Finanzreform im Sinne der vom Kabinett beschlossenen Erklärung erledigen wollen. Die hinter der Reichsregierung stehenden Fraktionen haben jetzt das Wort!

### Die Gärung bei den Deutschnationalen

Reichstagsabgeordneter Behrens aus der D.N.D.P. ausgetreten

Der Reichstagsabgeordnete Behrens, der vor einigen Tagen gemeinsam mit dem Abgeordneten Wumm aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschieden war, teilt der Deutschen Tageszeitung zufolge mit, daß er jetzt auch seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt hat.

Der Deutschnationale Arbeiterbund gegen Hugenberg

Die „Germania“ berichtet über eine Entschließung des Deutschnationalen Arbeiterbundes im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, dem Wahlkreis des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und früheren Reichsverkehrsministers Koch. In ihr heißt es u. a.: Wenn es noch eine Möglichkeit geben sollte, im Rahmen und im Sinne des deutschnationalen Parteiprogramms die Kräfte erneut zu einer großen Bewegung zusammenzuführen, so hat der Versuch nur Zweck, wenn erstens der gegenwärtige Parteivorstand sofort von seinem Amt zurücktritt, zweitens die Parteileitung neugebildet wird, drittens die Partei auf der ganzen Linie zurückkehrt zu ihrer alten Grundlage: für Vaterland, für Christentum und für gesunde Sozialreform, und viertens die Bedeutung der Arbeiterschaft als eines in jeder Beziehung gleichberechtigten Teiles der Volksgemeinschaft grundsätzlich und praktisch anerkannt.

Die Wähler stehen fest zu den Ausgetretenen

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei des Landesverbandes Düsseldorf-Ost beschäftigte sich mit dem Austritt von der Fraktion und Partei und erklärte, er stehe fest zu den Abgeordneten seines Wahlkreises.

Die beiden Abgeordneten, denen der Parteivorstand sein Vertrauen ausgesprochen, sind Minister a. D. Dr. Koch und Dr. Kerschert, die aus der Fraktion austraten.

Es drückt weiter

Eine Reihe deutschnationaler Führer aus der christlich-nationalen Gewerkschafts- und der evangelischen Arbeitervereinsbewegung veröffentlicht folgende Erklärung:

Die katastrophale Entwicklung, die die Deutschnationale Volkspartei unter Führung ihres derzeitigen Vorsitzenden, Geheimrats Hugenberg, genommen hat, insbesondere das Vorgehen gegenüber unseren Freunden Hartwig, Lambach und Hüller, veranlaßt auch uns, das Band zwischen uns und der Partei zu zerreißen. Es erscheint uns für Christen und sozial denkende Menschen unmöglich, dieser Partei noch länger Treue zu leisten. Wir haben uns ehrlich um die Durchsetzung einer Volksgemeinschaft in und durch die Partei bemüht, es war unser